

Bezugspreis: monatlich 2.00.-
 Illustrierte: " 80.-
 Postbezug: " 2.80.-
 Anzeigen:
 Lokale 30.-, auswärtige 50.-
 Reklamen:
 Lokale 100.-, auswärtige 150.-
 Lokale Familien-Anzeigen 20.-
 Lokale Stellengefuche 15.-
 die Zeile

General-Anzeiger

für Bonn und Umgegend.

Druck und Verlag:
 Hermann Neufke,
 Verantwortlich:
 Hauptredakteur: Pet. Neufke,
 Anzeigen: Peter Leschner.
 Alle in Bonn a. Rh.
 Geschäftsstelle: Bahnhofsstr. 12.
 Fernruf 3551; nach Geschäfts-
 schluß (von 20—7 Uhr): 3552.
 Volkswirtschafts Büro Str. 13/672

Der Vormarsch der nationalsozialistischen Revolution

Eine halbamtliche Darstellung.

CNB Berlin, 23. Juni. Auf dem Wege zur Alleinherrschaft, zur einheitlichen Zusammenfassung des Volkes auf ein Ziel ist der Nationalsozialismus nach dem Schlag gegen die deutschnationalen Kampfstaffeln und nach der Einverleibung des Stahlhelms in die Gesamtbewegung einen weiteren Schritt vorwärts gegangen, indem nunmehr mit der SPD. das geschehen ist, was schon am 28. Februar mit der KPD. geschah: es wurde ihr jede Betätigung irgend welcher Art in Deutschland untersagt.

Der Marxismus hat mit dem 22. Juni in Deutschland praktisch zu bestehen aufgehört, und zwar für alle Zeiten.

Die letzten Tage haben bewiesen, daß diejenigen, die immer von einem Abschluß der nationalsozialistischen Revolution sprachen, im Unrecht geblieben sind. Man verrät kein Geheimnis, wenn man feststellt, daß die nationalsozialistische Revolution auch jetzt noch längst nicht ihr Ende erreicht hat, sondern ihren Anspruch auf völlige Alleinherrschaft und Alleinführung bis zum letzten Ende durchsetzen wird. Dr. Goebbels hat gerade in diesen Tagen wieder bekundet, daß noch große und wichtige Aktionen in diesem Jahre uns bevorstehen, denn noch ist der Kampf mit den Kirchen nicht zum Abschluß gebracht, noch ist die religiöse Auseinandersetzung mit den Parteien nicht zu Ende geführt. Der Ausgang dieses Kampfes, der ganz zwangsläufig kommt und den auch jeder kommen sieht, ist ohne weiteres klar. Es gibt wohl keinen Zweifler mehr daran.

Wenn man die politische Entwicklung seit dem 30. Januar überschaut, dann muß man die Feststellung machen, daß wohl niemals eine Revolution so folgerichtig und so zielbewußt erfolgte, wie die deutsche Revolution von 1933. Der Uebernahme der Macht folgte die Auflösung und Gleichschaltung aller Parlamente, der Gleichschaltung die Vernichtung des Kommunismus und die Schwächung des Marxismus. Diesen Maßnahmen wiederum folgten die einheitliche Zusammenfassung aller Verbände des Handwerks, des Handels, der Industrie und der übrigen Wirtschaftgebiete, die Zusammenfassung der gesamten Landwirtschaft in einer ständischen Front, die Einführung des bäuerlichen Erbhofrechts, die Uebernahme der Gewerkschaften und die Bildung der Deutschen Arbeitsfront, die Einsetzung der Reichs-

rententen. Es gebe daher keinen Anschluß, keine österreichisch-ungarische Restauration.

Die italienische Politik scheint auch auf eine Verbindung Oesterreichs-Ungarns hinzuwirken. Gegenüber den französischen Plänen wünscht Mussolini augenscheinlich diesen österreichisch-ungarischen Block in enge Verbindung mit Deutschland zu bringen.

Vorläufig keine Stabilisierung.

Erklärung der amerikanischen Delegation in London.

WTB London, 22. Juni. Die amerikanische Delegation veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt, der für die de facto Stabilisierung der Devisen vorgeschlagene Plan sei niemals eine Angelegenheit der amerikanischen Delegation gewesen, der Plan sei von den Vertretern der Schatzämter und der Zentralbanken der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs geprüft worden. Sprague sei als Vertreter des amerikanischen Schatzamtes besonders zu diesem Zweck entsandt worden.

Die Washingtoner Regierung sei der Ansicht, daß vorläufige Stabilisierungsmaßnahmen gegenwärtig nicht zweckmäßig seien.

Verhaftungen in Kaiserslautern.

WTB Kaiserslautern, 22. Juni. Am gestrigen Abend und in der Nacht wurden hier 11 Personen in

Verfügungen des Führers der Deutschen Arbeitsfront.

CNB Berlin, 22. Juni. Der Zeitungsdienst teilt folgende Verfügungen des Führers der deutschen Arbeitsfront mit:

Mit der Bildung der deutschen Arbeitsfront sollte der Vielheit der Arbeitnehmer- und Unternehmer-Organisationen gegenübergetreten werden. Nicht allein sollte damit der letzte Unterschlupf des Marxismus getroffen werden, sondern es sollte auch die unglückselige Zerstückelung der deutschen Arbeitsmenschen behoben werden. Kleinliche und eigensüchtige Subjekte wollen diese große revolutionäre Tat nicht anerkennen und versuchen, mit Selbsthilfeorganisationen diese Arbeit zu schwächen. Es ist der Wille des Führers, daß außer der deutschen Arbeitsfront keinerlei Organisationen mehr, weder der Arbeitnehmer noch Arbeitgeber, existieren.

Schutzhaft genommen, die sich in politischer Verleumdungsarbeit betätigt hatten. Es wurden u. a. festgenommen: Pfarrer Mann in Hohenecken, Rechtsanwalt Dr. Wunggenast, die Redakteure des Pfälzer Tageblattes Hartmann und Bauer und der frühere Schriftsetzer ... e.

Erweiterung des Aufgabenkreises der Handelskammern.

WTB Berlin, 22. Juni. Die heutige Vormittagsversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages wählte nach den Abschiedsworten des bisherigen Präsidenten Dr. Grund einstimmig zum neuen Präsidenten Dr. von Renteln.

In der Nachmittagsvollversammlung führte Dr. von Renteln in einer Ansprache u. a. aus:

Die Kammern werden zu Brennpunkten der ständischen Selbstverwaltung werden. Die Kammern sollen selbst bei dem ständischen Neubau mitwirken. Aus diesem Grunde ist von mir im Industrie- und Handelskammertag bereits ein Beirat für den ständischen Aufbau einberufen worden.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß der nationalsozialistische Wirtschaftsneubau auf dem Fundament dieses Respektes vor der Arbeit und dieser kameradschaftlichen Verbundenheit sich vollziehen wird.

Es ist eine selbstverständliche Konsequenz dieser Arbeitsverbundenheit, daß die Arbeiter und Angestellten ebenso wie die Betriebsunternehmer ihre Vertretung im ständischen Aufbau und damit in den Kammern finden.

Schließlich wurde angeregt, daß die Kammern eine enge Verbindung mit den Frauen, insbesondere mit den Hausfrauenvereinen aufnehmen sollen.

von seinen kleinen Gegnern als Schwäche ausgelegt. So glaubt der Nationalsozialismus auch den christlichen Gewerkschaften und anderen bürgerlichen Gruppen gegenüber großmütig sein zu können. Diese Tat wurde mit Undank und Illoyalität beantwortet. Hierzu kommt, daß sich in den vorstehenden Verbänden bezüglich Kassens- und Wirtschaftsangelegenheiten größte Korruption herausgestellt hat. Aus dieser Erkenntnis heraus verfüge ich folgendes:

Alle Dienststellen der christlichen Gewerkschaften und der Angestelltenverbände sind mit Nationalsozialisten zu besetzen.

Die Mitglieder des Großen Arbeitskonvents der Deutschen Arbeitsfront: Bernhard Otto, Friedrich Baistrusch, Dr. Theodor Brauer, Franz Behrens sowie die bisherigen Führer der christlichen Gewerkschaften (Stegemann, Imbusch und andere) werden von

Zustimmung der Landesführer.

Und Hugenberg?

Berlin, 22. Juni. Die „Arenzzeitung“ meldet: Der Bundesführer des Stahlhelms, Reichsarbeitsminister Franz Seldte, hatte für Mittwoch nachmittag mit Rücksicht auf die schwebenden politischen Verhältnisse seine Landesführer nach Berlin in das Reichsarbeitsministerium berufen. Er konnte den vollzählig versammelten Landesführern das unmittelbar vorher mit dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung, Reichskanzler Adolf Hitler, abgeschlossene Abkommen zur Kenntnis bringen. Die Versammlung sprach dem Bundesführer ihr vollstes Vertrauen aus und bekundete ihm erneut Treue und unbedingte Gefolgschaft.

Von einer dem Reichsminister Hugenberg nahestehenden Seite wird berichtet, daß dieser sich die Verbotsgründe der ~~deutschen~~ nationalen Kampfbünde nicht zu eigen machen könne, und daß er auch seine Auffassung zum Ausdruck gebracht habe.

Anordnung des Kommissars für die Neuorganisation des Stahlhelms im Reg.-Bez. Köln.

WP Köln, 22. Juni. Unter Bezugnahme auf die Vereinbarung zwischen dem Führer der NSDAP, Reichskanzler Adolf Hitler, dem Reichsarbeitsminister Seldte, dem Reichswehrminister von Blomberg und Vizekanzler von Papen vom 21. Juni 1933 hat der Kommissar für die Neuorganisation des Stahlhelms für den Regierungsbezirk Köln, Polizeioberst a. D. Leber, folgendes angeordnet:

1. Sämtliche Mitglieder des Kernstahlhelms, die einer anderen Partei als der NSDAP angehören, haben innerhalb dreier Tage ihre Mitgliedschaft bei dieser Partei aufzugeben. Diejenigen Mitglieder, die die Mitgliedschaft bei einer anderen Partei nicht aufgeben wollen, haben mir dieses binnen drei Wochen mitzuteilen (Anschrift Köln, Regierung, Zeughausstr. 8), und scheiden damit selbsttätig aus dem Stahlhelm aus.

2. Alle Mitglieder des Jungstahlhelms haben sich unverzüglich bei dem örtlich zuständigen SA-Führer zu melden und sich diesem zu unterstellen.

3. Die Mitglieder des Scharnhorstbundes haben sich unverzüglich bei dem örtlich zuständigen Führer der Hitlerjugend zu melden und sich diesem zu unterstellen.

Die Führer des neu zu organisierenden Stahlhelms werden von mir in den nächsten Tagen ernannt werden. Die nach dem 1. März in den Stahlhelm eingetretenen Mitglieder werden hiermit

lung die Vernichtung des Kommunismus und die Schwächung des Marxismus. Diesen Maßnahmen wiederum folgten die einheitliche Zusammenfassung aller Verbände des Handwerks, des Handels, der Industrie und der übrigen Wirtschaftsgebiete, die Zusammenfassung der gesamten Landwirtschaft in einer ständischen Front, die Einführung des bäuerlichen Erbhofrechts, die Übernahme der Gewerkschaften und die Bildung der Deutschen Arbeitsfront, die Einsetzung der Reichsstatthalter und damit der straffe Neubau des Reiches in politischer Beziehung, die Beseitigung der kleinen Parteien und Interessengruppen, die Schaffung des Propagandaministeriums.

Die Darstellung weist dann auf die vielen Erfolge der Bewegung auf kulturellen Gebieten, unter anderem auf die Einführung der Arierbestimmung hin und fährt fort: Kein Mensch wagte noch im vorigen Jahre in seinen kühnsten Träumen, anzunehmen, daß die nationalsozialistische Sturmfront mit derartig elementarer Gewalt über Deutschland hinwegbrausen und in so kurzer Frist alles fortschwemmen werde, was sich ihr etwa noch in den Weg stellt.

Der Kampf um den Reichsbischof und der Ausgleich mit der katholischen Kirche, der noch ausstehende Kampf um die kirchlichen Jugendverbände, deren Erziehung der Staat, das Reich, in die Hände nehmen wolle und werde, ferner das Vorgehen gegen die Führer der christlichen Gewerkschaften, die nunmehr restlos ausgeschaltet worden sind, sind weitere Phasen auf dem ange deuteten Weg. Dazu kommt nun der Großkampf gegen alle kapitalistischen Einflüsse, die Verwirklichung des deutschen Sozialismus, wie ihn die NSDAP. immer gepredigt hat.

Weiter wird auf die Möglichkeit des Rücktritts Eugen Herrigs hingewiesen. Es seien vornehmlich junge Kräfte, die sich ohne Bedenken und ohne Vorbehalte mit jugendlichem Elan in die vorderste Reihe gestellt haben und die gewillt sind, die junge Idee des deutschen Sozialismus, der mit dem materialistischen Sozialismus marxistischer Prägung nichts gemein hat, zum Siege zu führen.

Rätselraten um Oesterreich-Ungarn.

Die gestern hier verzeichneten Mitteilungen der ausländischen Presse über eine Habsburger Restauration und eine österreichisch-ungarische Personalunion werden zunächst von Budapest dementiert. Es wird dabei auf eine Parlamentsrede des Ministerpräsidenten Gömbös verwiesen, worin er erklärte, daß die Königsfrage nicht aktuell, die Personalunion aber unerwünscht ist. In maßgebenden politischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß diese Auffassung des Ministerpräsidenten von der öffentlichen Meinung des ganzen Landes geteilt wird.

Trotzdem wollen diese Gerüchte nicht verstummen. Letzten Endes wurzeln sie wohl in der, man kann wohl sagen, gerichtsnotorischen Erkenntnis, daß weder das heutige Oesterreich noch das heutige Ungarn des Vertrages von Trianon lebensfähige Gebilde sind. Das Bestreben Frankreichs scheint neuerdings darauf hinauszugehen, einen Zusammenschluß Oesterreich-Ungarns unter der Bedingung zu „erlauben“, daß der neue Staat sich der Kleinen Entente anschließe, d. h. also sich mittelbar unter die Obhut Frankreichs stellen werde. In diesem Sinne schreibt Journal:

Es handele sich darum, den Rivalitäten ein Ende zu machen, die gegenwärtig zwischen dem Bloch Oesterreich-Ungarn-Bulgarien einerseits und den Ländern der Kleinen Entente andererseits bestehen. Die Lösung liegt nicht in politischen Unionen oder territorialen Ummächtigungen, sondern in der Errichtung von Wirtschaft-

verbänden, sondern es sollte auch die langfristige Unterstützung der deutschen Arbeitsmenschen behoben werden. Kleinliche und eigensüchtige Subjekte wollen diese große revolutionäre Tat nicht anerkennen und versuchen, mit Selbsthilfeorganisationen diese Arbeit zu schwächen. Es ist der Wille des Führers, daß außer der deutschen Arbeitsfront keinerlei Organisationen mehr, weder der Arbeitnehmer noch Arbeitgeber, existieren.

Ausgenommen sind der ständische Aufbau und Organisationen, die einzig und allein der Fortbildung in der Besonderen dienen. Alle übrigen Vereine, auch sogenannte katholische und evangelische Arbeitervereine sind als Staatsfeinde zu betrachten, weil sie den großen Aufbau hindern und hemmen. Deshalb gilt ihnen unter Kampf und es ist höchste Zeit, daß sie verschwinden.

Der Nationalsozialismus handelt kraft seiner Stärke großmütig, jedoch wird dieses Handeln hier und dort

Verbot der SPD im Reich.

Berlin, 22. Juni. Der Reichsminister des Innern hat am heutigen Donnerstag die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verboten. In einer Anweisung an die Länderregierungen hat der Reichsminister des Innern er sucht, zu veranlassen, daß das Verbot durchgeführt wird.

Betätigungsverbot für die SPD.

WB Berlin, 22. Juni. Vorgänge der letzten Zeit haben den unumstößlichen Beweis dafür geliefert, daß die deutsche Sozialdemokratie vor hoch- und landesverräterischen Unternehmungen gegen Deutschland und seine rechtmäßige Regierung nicht zurückschreckt. Führende Persönlichkeiten der SPD, wie Wels, Breitscheid, Stampfer, Vogel, befinden sich seit Wochen in Prag, um von dort aus den Kampf gegen die nationale Regierung in Deutschland zu führen. Wels hat eine Erklärung veröffentlicht, daß sein Austritt aus dem Büro der 2. Internationale nur fingiert gewesen sei. Er hat an den Vorsitzenden der Arbeitergruppe auf der Internationalen Arbeiterkonferenz in Genf ein Telegramm gerichtet, in dem er in verleumderischer Weise die Arbeiterschaft der übrigen Länder gegen die nationale deutsche Regierung aufzuheben versucht.

Die erweiterte Parteileitung der SPD hat sich auf der vor einigen Tagen in Berlin abgehaltenen Sitzung lediglich nach außen von diesen Leuten wie Wels, Breitscheid usw. distanziert, es aber bezeichnenderweise unterlassen, diese Personen wegen ihres landesverräterischen Verhaltens wirklich abzuschüttelein und aus der Partei auszuschließen. Im Gegenteil ist in einer von der Polizei überraschten Geheimversammlung sozialdemokratischer Führer in Hamburg ebenfalls landesverräterisches Material gefunden worden. Dies alles zwingt zu dem Schluß, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als eine staats- und völkfeindliche Partei anzusehen, die keine andere Behandlung mehr beanpruchen kann wie sie bei der kommunistischen Partei angewendet worden ist.

Der Reichsminister des Innern hat daher die Landesregierungen ersucht, auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 die notwendigen Maßnahmen gegen die SPD zu treffen. Insbesondere sollen sämtliche Mitglieder der SPD, die heute noch den Posten er-

hat. Aus dieser Erkenntnis heraus verfüge ich folgendes:

Alle Dienststellen der christlichen Gewerkschaften und der Angestelltenverbände sind mit Nationalsozialisten zu besetzen.

Die Mitglieder des Großen Arbeitskonvents der Deutschen Arbeitsfront: Bernhard Otto, Friedrich Baltrusch, Dr. Theodor Brauer, Franz Behrens sowie die bisherigen Führer der christlichen Gewerkschaften (Stegerwald, Imbusch und andere) werden von mir aus der Deutschen Arbeitsfront ausgestoßen. Sie dürfen selbstverständlich keinerlei Amt führen, und es ist hiermit allen Dienststellen der Deutschen Arbeitsfront verboten, irgendwelche Verhandlungen mit diesen Leuten zu führen. Hierdurch soll dokumentiert werden, daß jeder, der es wagt, den großen revolutionären Aufbau unserer Nation anzutasten, für alle Zeiten verachtet wird.

gez. Dr. Robert Ley.

treten und Gemeindevvertretungen angehören, von der weiteren Ausübung ihrer Mandate sofort ausgeschlossen werden. Den Ausgeschlossenen werden selbstverständlich die Diäten gesperrt. Der Sozialdemokratie kann auch nicht mehr die Möglichkeit gewährt werden, sich in irgendeiner Form propagandistisch zu betätigen. Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei sowie ihrer Hilfs- und Ersatzorganisationen werden nicht mehr erlaubt werden. Ebenso dürfen sozialdemokratische Zeitungen und Zeitschriften nicht mehr herausgegeben werden. Das Vermögen der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Hilfs- und Ersatzorganisationen wird, soweit es nicht bereits in Verbindung mit der Auflösung der freien Gewerkschaften sichergestellt worden ist, beschlagnahmt. Mit dem landesverräterischen Charakter der Sozialdemokratischen Partei ist die weitere Zugehörigkeit von Beamten, Angestellten und Arbeitern, die aus öffentlichen Mitteln Gehalt, Lohn oder Ruhegeld beziehen, zu dieser Partei selbstverständlich unvereinbar.

Die Neuorganisation der deutschen Jugendverbände

Anordnungen des Jugendführers des Deutschen Reiches.

CNB Berlin, 22. Juni. Der Jugendführer des Deutschen Reiches, Baldur von Schirach, hat zur Neuorganisation der deutschen Jugendverbände Anordnungen erlassen. Er hat den deutschen Jugendführerrat berufen, der ihm beratend zur Seite steht. In den Jugendführerrat wird aufgenommen je ein Vertreter der evangelischen Jugend, der katholischen Jugend, der Wehrverbandsjugend, der bündischen Jugend, der Sportjugend, der berufsständischen Jugend. An den Beratungen des erweiterten deutschen Jugendführerrates nehmen Vertreter der interessierten Ministerien teil. Für die Länder, sowie für die preußischen Provinzen werden Beauftragte ernannt. Der Jugendführer hat weiter angeordnet: Der Großdeutsche Bund mit seinen Unter- und Teilorganisationen ist mit Wirkung vom 17. Juni 1933 aufgelöst. Mit dem Großdeutschen Bund sind aufgelöst: Freischar der Jungen Nation, Deutsche Freischar, Deutscher Pfadfinderbund, die Geusen, Ringgemeinschaft deutscher Pfadfinder, Ring deutscher Pfadfindergaue, Deutsches Pfadfindertorps, Freischar evangelischer Pfadfinder. Der Reichsjugendführer

melden und sich diesem zu unterstellen.

3. Die Mitglieder des Scharnhorstbundes haben sich unverzüglich bei dem örtlich zuständigen Führer der Hitlerjugend zu melden und sich diesem zu unterstellen. Die Führer des neu zu organisierenden Stahlhelms werden von mir in den nächsten Tagen ernannt werden. Die nach dem 1. März in den Stahlhelm eingetretenen Mitglieder werden hiermit aus dem Stahlhelm ausgeschieden.

Bedingte Wiederzulassung der Stahlhelmuniform im Regierungsbezirk Düsseldorf.

WP Düsseldorf, 22. Juni. Der Regierungspräsident in Düsseldorf hat im ganzen Regierungsbezirk das Tragen der Stahlhelmuniform inzwischen für alle diejenigen Stahlhelmangehörigen wieder freigegeben, die in die neue Form des Stahlhelms aufgenommen werden und sich durch Tragen einer schwarzen Armbinde mit schwarzem Hakenkreuz auf weißem Feld und einen besonderen Ausweis legitimieren.

Schließung des Stahlhelm-Arbeitslagers in Kottbus.

WTB Kottbus, 22. Juni. Bei einer polizeilichen Durchsuchung des hiesigen Stahlhelm-Arbeitslagers wurden zwölf Militärgewehre und mehrere Militärseitentengewehre beschlagnahmt. Der Führer des Lagers wurde in Schutzhaft genommen. Auch das Stahlhelmheim und die Geschäftsstelle wurden durch SA besetzt und die Führer in Schutzhaft genommen. Das Lager wurde polizeilich geschlossen. Die Durchsuchung des Lagers erfolgte, weil sich marxistische Elemente eingeschlichen hatten.

Die Stahlhelm-Arbeitslager werden überprüft.

WP Aachen, 22. Juni. Vom Regierungspräsidenten in Aachen wurde im Rahmen der zur Umgestaltung des Stahlhelms, BdF, erlassenen Verfügung vom 20. 6. 1933 der Leiter des Arbeitslagers Aachen-Brand, Georg Voigt, mit der Überprüfung der im Regierungsbezirk Aachen dem Stahlhelm unterstellten Arbeitslager und der Führerschule in Sülzli beauftragt.

Braunschweig, 22. Juni. Der Stahlhelmführer Schrader-Braunschweig hat, entgegen anders lautenden Meldungen, sein Amt nicht angetreten, sondern auf die Führung verzichtet.

deutschen Jugendverbände wird mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Die bisherigen Aufgaben des Reichsausschusses werden in die erweiterten Aufgaben der Jugendführung des Deutschen Reiches übernommen. Sämtliche Jugendorganisationen Deutschlands sind dem Jugendführer des Deutschen Reiches zu melden. Jugendorganisationen, die diese Meldung bis zum 15. Juli 1933 nicht oder nur unvollständig vollzogen haben, gelten als aufgelöst.

Die eigentlichen konfessionellen Jugendverbände werden von den neuen Bestimmungen anscheinend vorläufig nicht berührt.

Stellung der Angestelltenverbände.

Gewerkschaftsjugend in der Arbeitsfront.

Berlin, 22. Juni. Der Jugendführer des Deutschen Reiches, Baldur von Schirach, hat den Leiter des Jugendamts in der deutschen Arbeitsfront, Heinz Otto,

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten